ANTRAG

Gremium: *Bundesjugendwerk der AWO*

Beschlussdatum: *24.03.2018*

Tagesordnungspunkt: *7.b) weitere Anträge*

A22: Für eine gerechte und menschenwürdige Geflüchtetenpolitik

Die Bundesjugendwerkskonferenz möge beschließen:

Mit Erschrecken nehmen wir die Geflüchtetenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis und verurteilen sie aufs Schärfste. Wir fordern die Bundesrepublik auf, ihrer grundgesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und sich an die Genfer Konventionen, die UN-Flüchtlingskonvention, UN-Kinderrechtskonvention und das Grundgesetz zu halten.

Die menschenfeindlichen Einschränkungen des Asylrechts wie Anfang der 1990er und nach 2015 müssen zurückgenommen werden.Deutschland muss seiner Verantwortung nachkommen, menschlich zu handeln und darf die zivilisatorische Maske nicht wieder fallen lassen.

Daher wird der Bundesjugendwerksvorstand beauftragt, diese Position nach innen und außen zu vertreten sowie sich auf allen Ebenen gegenüber Entscheidungsträger*innen, auch in der AWO, dafür einzusetzen, dass Deutschland auf nationaler Ebene und in der EU seiner Verantwortung nachkommt, aufgrund seiner Geschichte, Schutzsuchenden zu helfen und nicht dazu beizutragen, Fluchtursachen zu schaffen.

Begründung

Die Bundesregierung missachtet Rechte und Konventionen, die sie selber unterschrieben hat - in der Regel nur, um rassistischen Forderungen nachzukommen, die im Kontext eines massiven Rechtsrucks in Deutschland immer wieder öffentlich präsentiert werden.

Wir als Jugendwerk(l)er*innen möchten allerdings in einer Welt leben, in der es ein menschliches Miteinander gibt und in der marginalisierte und unterdrückte Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie es uns die vielen Beispiele in Deutschland vor Augen führen.

Die Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung in der Welt. Sowohl vor dem Hintergrund unserer Geschichte, in der Deutschland Millionen an Geflüchteten schuf und Millionen Menschen ermordete, als auch auf Grund der Tatsache, dass Deutschland einer der größten Waffenexporteure dieses Planeten ist. Die verkauften Waffen kommen in den meisten Krisengebieten zum Einsatz. Flucht und Tod sind nur zwei Konsquenzen aus diesem unserem Wirtschaftshandeln. Da solche Exporte von der Bundesregierung reguliert werden, trägt auch sie eine Verantwortung gegenüber den Betroffenen. Wir fordern sie auf, diese an- und wahrzunehmen.

Kindgerechte Fassung

Wir finden die Politik Deutschlands gegenüber Menschen, die fliehen müssen, nicht gut. Wir lehnen sie ab. Deswegen fordern wir von der Regierung, sich an das Grundgesetz und an internationale Verträge zu halten. Diese Verträge sagen, dass wir Menschen helfen und sie bei uns beschützen, wenn sie aus ihrem Land fliehen müssen. Wir möchten, dass unsere Regierung die Menschen gut behandelt und niemanden wegschickt. Denn wir denken, dass dies nicht fair ist und die Menschen in Gefahr bringen kann.